

Jürgen Kumlehn

Erinnerer

E-mail: jkumlehn@t-online.de

Tel: 05331-977 487

www.ns-spurensuche.de

Platanenstraße 24

D-38302 Wolfenbüttel

13.6.2017

Jürgen Kumlehn, Platanenstraße 24, D-38302 Wolfenbüttel

Landkreis Wolfenbüttel

Frau Landrätin

Christiana Steinbrügge

Bahnhofstraße 11

38300 Wolfenbüttel

Betr. Geschichtsschreibung im Landkreis Wolfenbüttel

Hier: Antrag zur Aufarbeitung der Verantwortlichkeit der Kommunalpolitik an der Katastrophe des Salzbergwerks Asse II

Ihr Anruf vom 2.5.2016

Meine Email vom 2.5.2016 (Anlage 1)

Braunschweiger Zeitung, 11.12.2014 (Die Gutgläubigkeit der Kommunalpolitiker)

Wolfenbütteler Zeitung, 16.4.2016 (Asse II: Atomgegner wollen Aufklärung (Anlage 3)

regionalWolfenbüttel, 31.5.2016, (Mahnwache der Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe)

Braunschweig-Spiegel, 1.6.2016 (Mahnwache zu Asse II& Co.)

regionalWolfenbüttel, 2.6.2016 (Atommüll in Asse II - Absage für Aufarbeitung)

Mein Schreiben an alle Kreisausschussmitglieder vom 3.6.2016 (Anlage 2)

Website der WAA, 13.6.2016 (Aufarbeitung der Rolle der Kommunalpolitiker im Zusammenhang mit der Schachanlage Asse II gefordert)

Wolfenbütteler Zeitung, 18.8.2016 (Bei der Asse sind die Kandidaten einig)

Sehr geehrte Frau Steinbrügge,
sehr geehrte Kreistagsfraktionen (zur Information),

in dem gerade erst erschienenen Buch des Historikers Thomas Klingebiel „Curt Mast - Ein Unternehmer in der Politik“ schreibt der Autor unter anderem: *Wissenschaftlich fundierte Literatur über den Landkreis Wolfenbüttel fehlt - bedingt wohl auch durch die verzögerte Abgabe von Akten - praktisch ganz. Man kennt hier nicht einmal die Namen und die richtige Reihenfolge der Landräte; geschweige denn die innere Geschichte des Kreistages in den Jahren, als Curt Mast ihm angehörte.* (S. 13) Diese Aussage eines kompetenten Historikers zur Geschichte des Landkreises Wolfenbüttel passt zu dem Desiderat der Nichtaufarbeitung der kommunalen Verantwortung für die Katastrophe in Asse II. Dieses Thema hatte Frau Eleonore Bischoff für die WAA im vergangenen Jahr angesprochen. Das führte zu einer telefonischen Anfrage Ihrerseits bei mir (Anlage 1), die ich per Email umgehend beantwortet habe. Ich habe darauf keine Antwort erhalten. Durch Zufall erfuhr ich, dass das Anliegen von Frau Bischoff in einer Sitzung des Kreisausschusses informell besprochen und abgewiesen worden sei. Mir ist nicht bekannt, ob dieser Vorgang protokolliert worden ist. In einem Artikel des Braunschweig-Spiegels vom 1.6.2016 werden Sie so zitiert: *Die Landrätin teilte jetzt im Namen des Kreisausschusses mit, dass das Thema nicht weiter verfolgt werden würde.* Interessant ist in diesem Zusammenhang ein umfangreicher Artikel der Wolfenbütteler Zeitung am 16.4.2016. (Anlage 3). Darin befinden sich Aussagen aus Fraktionen, die eine Aufarbeitung befürworten:

Berthold Brücher: *Eine Aufarbeitung der Vorgänge hat durchaus kommunalhistorische Relevanz.*

Björn Försterling: *Die Aufarbeitung der Rolle der Kommunalpolitik halte ich für wichtig.*

Falk Hensel, ablehnend: *Für die bestehenden Herausforderungen wird alle Kraft benötigt.*

Am 18.8.2016 habe ich anlässlich eines DGB-Wahlforums zur Kommunalwahl die Kandidaten zu diesem Thema befragt. Alle Kandidaten (Bosse, Wiechenberg, Wagner-Judith, Lagosky, Fach) hielten die Aufarbeitung für nicht erforderlich. Mir sind besonders zwei absurde Ablehnungsgründe noch in guter Erinnerung: Einerseits könne die Aufarbeitung nicht vorgenommen werden, da die Kreistagsabgeordneten dafür keine Zeit hätten, andererseits seien viele Zeitzeugen nicht mehr am Leben.

Niemand hat bisher gefordert, die Kreistagsabgeordneten sollten diese Aufarbeitung leisten. Kompetent erfüllen kann sie nur ein für dieses Thema geeigneter Historiker, dessen Tätigkeit durch den Asse-Fonds finanziert werden sollte. (siehe auch Anhang 1) Der Kreistagsabgeordnete Hilmar Nagel und ich sind der beste Beweis dafür, dass die „Verstorbenen-Theorie“ falsch ist. Es gibt noch sehr viele „Überlebende“, noch viel mehr als ich in der Anlage aufgezählt habe. Und: Würde man tote Zeitzeugen als Maß für Geschichtsschreibung nehmen, gäbe es keine historische Aufarbeitung der deutschen Geschichte mehr - und der Braunschweigische Geschichtsverein könnte aufgelöst werden.



DGB-Wahlforum am 16. August 2016 in der „Schünemanschen Mühle“ am Rosenwall.

Begründung für meinen Antrag:

- Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident David McAllister hat die Atommüll-Endlagerung in Asse II als das größte Umweltproblem Niedersachsens bezeichnet. Das Problem entstand einerseits aus der Überheblichkeit selbstkritikloser Wissenschaftler (siehe Klaus Kühn) und aus der Hörigkeit von Kommunalpolitikern der FDP (Bade), CDU (Jahn und Otte) und SPD (Bosse, Mühe), die Arbeit dieser Wissenschaftler auch kritisch zu bewerten und der Unterwerfung unter die bundespolitische Absicht der angeblich „friedlichen Nutzung der Kernenergie“. (Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ministerpräsident Albrecht) Soll dieses „größte Umweltproblem Niedersachsens“ geschichtlich unbearbeitet bleiben, weil Nachfolger der Verantwortlichen Gründe haben, die sie nicht öffentlich benennen? Das wäre eine weitere Katastrophe.

- Aufgrund meines Schreibens an die Fraktionen hat mir nur Holger Barkhau geantwortet (Email vom 3.6.2016): ... *welche Bedeutung aus deiner Sicht eine Aufarbeitung der damaligen Vorgänge für die Gegenwart und Zukunft haben könnte? Das finde ich wichtig zu wissen, damit es nicht nur nach einer persönlichen Abrechnung und Rechthaberei aussieht. Eine Aufarbeitung sollte schon einen gesellschaftlichen Nutzen haben.(...) ... was und wofür würde diese Aufarbeitung nützen können? Um als Gesellschaft zu lernen und zukünftigen Fehlentwicklungen vorzubeugen*

(wie beim Nationalsozialismus), um jemanden anzuklagen oder um z.B. parteipolitischen Profit daraus zu schlagen usw.? Wem und wofür nutzt es? Diese Frage muss erlaubt sein.

- 2009 veröffentlichte Detlef Möller das Buch „Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“. Ein sehr gutes Buch, in dem sich Möller intensiv mit der Asse befasst. Die kommunale Seite ist allerdings nicht erfasst. Diese Aufarbeitung wäre die notwendige Ergänzung des Buches Möllers. Übrigens hat Landrat Jörg Röhmann dieses Buch in Anwesenheit von Möller in einer großen Veranstaltung in der Lindenhalle öffentlich vorgestellt. Soll nun die kommunale Seite totgeschwiegen werden? (Anlage 4)

- Zu vielen geschichtlichen Ereignissen wird dieser Satz zitiert: Wir müssen aus den Fehlern lernen. Warum soll diese Erkenntnis nicht für die Aufarbeitung der kommunalen Verantwortung der Asse-Katastrophe gelten?

- Das Ergebnis dieser Untersuchung wäre eine Ergänzung der Akten des parlamentarischen Asse-Untersuchungsausschusses.

- Im Januar 2017 veröffentlichte das Bundesamt für Strahlenforschung einen aufwendigen „Asse-Atlas“ mit 144 Seiten. Hierzu meine Kommunikation mit dem BfS:

Betreff: Atlas Asse

Datum: Wed, 11 Jan 2017

Von: Jürgen Kumlehn <ikumlehn@t-online.de>

An: ePost@bfe.de

Betr.: "Einblick" und Asse-Atlas

Sehr geehrter Herr Wilmanns,

gestern erhielt ich durch die Post den "Atlas Asse". Ich habe interessiert "Einblick" genommen und bin etwas irritiert. Unter der Rubrik "4.0 Rückwärts" finde ich Beiträge zur alten Geschichte der damals illegalen Atommülldeponie, allerdings keine Hinweise zur damaligen Beteiligung der Kommunalpolitik, besonders des Landkreises Wolfenbüttel und des Kreistages. Kann es sein, dass ich vielleicht etwas übersehen habe? Sollte ich richtig liegen, bitte ich Sie um Auskunft, warum dieses Thema nicht aufgenommen worden ist.

Vielen Dank und freundliche Grüße, Jürgen Kumlehn

Von: Manuel Wilmanns [MWilmanns@BfS.de]

Gesendet: Donnerstag, 19. Januar 2017 17:38 An: Jürgen Kumlehn

Betreff: Re: Atlas Asse

Sehr geehrter Herr Kumlehn,

vielen Dank für Ihre Rückmeldung zur Publikation Atlas Asse. Mir ist bewusst, dass Sie sich sehr ausführlich mit der Rolle der Kommunalpolitik im Zusammenhang mit der Schachanlage Asse II beschäftigt haben. Unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Diskussionen um die Schachanlage hat sich bislang nicht die Möglichkeit ergeben, dieses Thema im Magazin Asse Einblicke ausführlich darzustellen.

Beim Atlas Asse handelt es sich um eine Sammlung ausgewählter Reportagen, Berichte und Grafiken, die zwischen 2009 und 2016 in dem Magazin Asse Einblicke erschienen sind. Da im Rahmen der bisherigen Ausgaben der Asse Einblicke nicht ausführlich auf die Rolle der Kommunalpolitik zu Einlagerungszeiten eingegangen worden ist, finden sich dementsprechend in der Rubrik "4.0 Rückwärts" dazu auch keine Informationen im Atlas Asse.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Manuel Wilmanns, Leiter Info Asse

- Dazu meine Frage: Wann wird „Asse-Einblick“ dieses Thema aufgreifen?

- **Jeder Tag ohne Aufarbeitung birgt die Gefahr, dass wichtige Zeitzeugen sterben.**

- Im April 2017 erhielt ich die „nichtamtliche Publikation mit Informationen des Asse II-Koordinationskreises (V.i.S.d.P. A. Riekeberg, Wolfenbüttel.) Das achtseitige Blatt „Asse Durchblicke“ berichtete über das 50. Jubiläum der illegalen Einlagerung von Atommüll in Asse II. Leider muss ich berichten, dass auch hier die kommunale Verantwortung für die Katastrophe ausgespart blieb. Ebenso in Riekebergs umfangreichen Artikel im „Wolfenbütteler Schaufenster vom 2.4.2017.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben vollständig den Fraktionen zugänglich zu machen mit der Bitte, dieses als einen Antrag an den Kreistag zu behandeln, die hier beschriebene Aufarbeitung sobald wie möglich zu beginnen.

Für etwaige weitere Auskünfte stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Bitte bestätigen Sie den Eingang dieses Schreibens und informieren Sie mich über den weiteren Ablauf.

Vielen Dank und freundliche Grüße,
Jürgen Kumlehn
Erinnerer

Anlage 1

Jürgen Kumlehn

Von: Jürgen Kumlehn [jkumlehn@t-online.de]

Gesendet: Montag, 2. Mai 2016 14:41

An: (C.Steinbruegge@LK-WF.de)

Betreff: Asse II

Anlagen: Möller, Asse-Buch 2009.pdf

"Die Aufarbeitung der kommunalen Verantwortung für Asse II ist ein Blick in die Zukunft!"

Sehr geehrte Frau Steinbrügge,

anbei schicke ich Ihnen Informationen zu Detlef Möller und seinem Buch. Wenn er die Aufgabe übernehmen könnte, wäre das sicher sehr gut. Wenn nicht, weiß er vielleicht jemanden, der es machen könnte.

Wie ich Ihnen schon sagte, ich stelle gern mein Archiv für die Thematik zur Verfügung und mich selbst als Zeitzeugen. Folgende weitere Zeitzeugen fallen mir ein:

Ernst-Henning Jahn
Dr. Hartmut Koneffke
Karl-Ernst Hueske
Elke Großer, damals FDP-Kreistagsabgeordnete
Dieter Lorenz
Hilmar Nagel
Arno Krause
Michael Wolf

Rudolf Quitte (ich weiß nicht, ob er noch lebt)

Betroffene Mitarbeiter aus der Kreisverwaltung, wenn sie noch leben (Baudirektor Gerhard Maier).

Weitere Namen von Kreistagsabgeordneten können Sie dem Heimatbuch z.B. 1984 entnehmen. Auch hier weiß ich nicht, wer noch lebt.

Sicher gilt das auch für Kreistagsabgeordnete aus der 1986 folgenden Sitzungsperiode:

Dr. Diethelm Krause, usw.

Können Sie mich bitte über den Sitzungstermin informieren? Ich wäre gern als Zuhörer dabei - immerhin ein historischer Anlass!

Vielen Dank und freundliche Grüße,

Jürgen Kumlehn

Erinnerer

weitere Zeitzeugen:

Renate Naske, Karl-Heinz Mühe, Jörg Albrecht (Hauptinitiator des Asse-Protestes ab ca. 1976, Leiter des Ressorts Wissenschaft bei der „FAZ“, siehe auch BZ vom 21. November 2014), Norbert Mrohs, Peter Dickel, Helga Koslowsky, ehemalige Mitarbeiter des früheren Betreibers, z.B. Dr. Klaus Kühn, u.a.

Anlage 2

Jürgen Kumlehn

E-mail: JKumlehn@t-online.de

Private Websites:

www.ns-spurensuche.de

www.spurensuche-meinung-bilden.de

Platanenstraße 24

D-38302 Wolfenbüttel

Tel: 05331-977 487

3.6.2016

Landkreis Wolfenbüttel

An alle Mitglieder des Kreisausschusses



Zwei Atommüll-Antipoden des Kreistages 1981. Der FDP-Kreistagsabgeordnete und stellvertretende Landrat Reinhold Stoevesandt (1909 1986) und der SPD-Landrat und MdL Helmut Bosse. Stoevesandt war strikt gegen die Einlagerung - und Bosse manchmal ein bisschen dagegen, aber meistens war er dafür - wenn er nicht dagegen war.

Angst vor der Wahrheit?

Das hat Reinhold Stoevesandt nun wahrlich nicht verdient!

Nichts ist aufregender als die Wahrheit. Egon Erwich Kisch

Als einer derjenigen, die seit Mitte der 1970er Jahre nicht nur gegen die Einlagerung von Atom-
müll in den Asseschacht II gekämpft haben, sondern vor allem auch gegen die Ignoranz vieler
damaliger Kommunalpolitiker des Kreistages und des Samtgemeinderates Asse mache ich nun
aktuell eine neue deprimierende Erfahrung. Seit ca. 10 Jahren haben viele Assebewohner erfolg-
reich für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Atommülldeponie
gekämpft. Viele Lügen und dadurch sichtbar gewordene Wahrheiten konnten ans Licht kommen.

Da auch der Landtagsuntersuchungsausschuss 2009 manche Lüge offen legen konnte, wurde
deutlich, dass die hässlichen Beschimpfungen damaliger Assegegner hauptsächlich durch Poli-
tiker der CDU und der SPD, besonders leider auch durch diejenigen, die hier Kommunalpolitik
betrieben haben - aufgrund eines gestörten Demokratieverständnisses geäußert worden waren.
Der Untersuchungsausschuss lehnte meine Forderung der Durchleuchtung der kommunalen Ver-
antwortung ab. Die damalige SPD-Landtagsabgeordnete Dörthe Weddige-Degenhardt schrieb
mir seinerzeit, als durch den Ausschuss klargelegt werden konnte, Atommüll hätte in Asse II nie-
mals eingelagert werden dürfen, sie halte *es nicht für zielführend, im Nachhinein Aufarbeitung
über den Asse-Untersuchungsausschuss hinaus zu betreiben. Viel wichtiger finde ich es, dafür zu
kämpfen, dass wir das Problem für die Zukunft lösen und den Müll herausholen.*

Diese Vorgänge verbunden mit der nicht vorhandenen Bereitschaft, die Atommülleinlagerung
auch von kritischen Wissenschaftlern von außerhalb bewerten zu lassen, haben mit dazu geführt,
das jetzige Superproblem zu erzeugen. Hiesige Kommunalpolitiker haben anstatt die regionale
Bevölkerung in einen kritischen Bewertungsprozess mit einzubeziehen sich stark dafür enga-
giert, die Menschen an der Asse in Sicherheit zu wiegen. Diese Kommunalpolitiker haben durch
ihre Hörigkeit gegenüber den Wissenschaftlern der damaligen "Gesellschaft für Strahlen- und
Umweltforschung" (GSF) eine schwere Verantwortung auf sich genommen. Warum haben Sie
das getan? Sicher, sie waren von der Nützlichkeit der Atomkraft auch persönlich überzeugt,
sahen sich aber auch als nützliche Umsetzer der Atompolitik ihrer Bundesregierungen.

Es gab allerdings einen Kommunalpolitiker, der als Architekt mit Fachwissen gegen Atommüll,
Lügen und Ignoranz gekämpft hat. Es war der Wolfenbütteler Architekt Reinhold Stoevesandt -
ein streitbarer FDP-Politiker, Kreistagsabgeordneter und bis 1981 auch stellvertretender Landrat.
In vielen Veranstaltungen konnte Stoevesandt fachlich qualifiziert genau die Probleme an der
Asse benennen, die uns heute große Sorgen machen und nur mit Milliarden von Euro gelöst wer-
den können. Immer wieder hat er gefordert, die Asse durch außenstehende und kritische Wissen-
schaftler untersuchen zu lassen. Stoevesandt wurde zwar nicht als langhaariger Störer be-
schimpft, dafür haben ihn seine kommunalen Kollegen einfach ignoriert und seine Warnungen
nicht ernst genommen.

Ich bin mir sicher: Hätten damalige Politiker wie Helmuth Bosse (SPD), Werner Otte, Ernst
Henning Jahn, Oberkreisdirektor Hartmut Koneffke und andere die Bevölkerung nicht nur zum
kritiklosen Abnicken der GSF-Pläne beeinflusst, hätte das Problem zwar nicht ganz verhindert,
aber doch erheblich minimiert werden können. Da liegt die konkrete Mitverantwortung! Und
dieses zum großen Schaden geführte Verhalten muss nun endlich auch aufgearbeitet werden. Der
Landtagsuntersuchungsausschuss hat meine diesbezügliche Forderung leider abgelehnt. Die
WAA hat das nun vom Kreistag gefordert. Weil dieses wichtige Anliegen in Gremien des Kreis-
tages behandelt werden sollte, hat mich Frau Steinbrügge am Anfang Mai angerufen. Sie wollte
von mir wissen, in welcher Weise ich dabei behilflich sein könnte. Ich habe ihr gegenüber das

Anliegen für sehr gut bewertet und meine Mitarbeit als einer der letzten Zeitzeugen, auch als Kreistagsabgeordneter von 1981 bis 1986, angeboten. In dem Gespräch habe ich ihr, die sich lieber nur auf die Zukunft konzentrieren möchte, gesagt, dass die Zukunft der Asse nur positiv gestaltet werden kann, wenn endlich der Blick auch auf die Vergangenheit gerichtet wird und die damals praktizierten Schandtaten aufgearbeitet werden. Denn wir wollen doch aus Fehlern lernen, oder? Weil mir das Gespräch den Eindruck vermittelte, dass es nun tatsächlich zu der Aufarbeitung kommen werde, habe ich mich wegen meiner Zusage gleich darum gekümmert und der Landrätin schriftlich Namen von weiteren Zeitzeugen benannt und auf kritische Literatur über die Geschichte von Asse II hingewiesen. Ich habe sie auch darum gebeten, mir den Termin der öffentlichen Ausschusssitzung mitzuteilen, da ich der historischen Diskussion und dem folgenden Beschluss persönlich erleben wollte.

Wie ich nun feststellen muss, kam es ganz anders. Frau Steinbrügge hat mein Schreiben bis heute nicht beantwortet und hat mir auch nicht den Sitzungstermin mitgeteilt. Das war auch nicht möglich, wie ich jetzt weiß, denn das Thema "Aufarbeitung" wurde nicht öffentlich besprochen, sondern (wohlweislich?) hinter verschlossenen Türen im "geheimen" Kreisausschuss. Das erfuhr ich etwas versteckt aus einer Pressemitteilung der WAA zur nächsten Asse II-Mahnwache mit diesem Satz: *Die Landrätin teilte jetzt im Namen des Kreisausschusses mit, dass das Thema nicht weiter verfolgt würde.* Diese Mitteilung ist niederschmetternd und erinnert mich sehr an jene Zeiten Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre, als die Befürworter-Kreistagsfraktionen sich ähnlich verhielten, um einerseits der Öffentlichkeit aus dem Wege zu gehen und um der GSF störungslos weiterhin und treu folgen zu können. Hat auch die Nachfolgegeneration in dieser Beziehung nichts aus den Fehlern ihrer Vorgänger gelernt? Wie sollen sie auch, wenn sie es ablehnen, sich mit der kommunalpolitischen Schande jener Zeit zu befassen?

Interessant wäre es nun, die Begründung für die Ablehnung zu erfahren? Wie ist die Abstimmung ausgefallen? War sie einstimmig? Hatte wenigstens ein Mitglied des Kreisausschusses den Mut, diese neue Niedertracht abzulehnen?

Ich möchte an eine historische Kreistagssitzung erinnern, die am 26. April 1985 in der Aula der Grund- und Hauptschule Remlingen gemeinsam mit dem Rat der Samtgemeinde Asse stattgefunden hat. Anwesend waren damals auch fünf hochrangige "Wissenschaftler" der GSF, ein Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und ein Vertreter der Kernforschungsanlage Jülich. Es gab nur einen Tagesordnungspunkt: "Geplante Versuchseinlagerung der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) im Schacht Asse II." Auf dieser Sitzung hatten die Vertreter der GSF Rederecht, was sie auch wahrnahmen, um die versammelten Ratsmitglieder und Kreistagsabgeordneten einzulullen. Prof. Dr. Klaus Kühn, damaliger wissenschaftlicher Leiter des Atommüllunternehmens, der den Spitznamen "Endlagerpapst" trägt, verbreitete gleich am Beginn seines ersten Redebeitrages großes Einvernehmen und eine unkritische wohlige Atmosphäre, *daß alle bisherigen Einlagerungen entsprechend den jeweils gültigen Rechtsvorschriften genehmigt worden seien.*

(Die noch folgenden Reden können hier in der ungekürzten Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls nachgelesen werden: <http://www.spurensuche-meinung-bilden.de/index.php?id=4&topic=1&key=5>). (nicht mehr möglich)

Es gab aber einen Punkt, über den hier berichtet werden soll. Die Fraktion der Grünen Bürgerliste (Hilmar Nagel und Jürgen Kumlehn) stellte auf dieser Sitzung den Antrag zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung mit der Einlagerung kritisch gegenüber stehenden Wissenschaftlern. Hier der folgende Kreistagsbeschluss, der die Hörigkeit der Kreistagsabgeordneten der CDU, SPD und FDP (Stoevesandt war seit 1982 nicht mehr vertreten) dokumentiert: *Der Kreistag lehnt mit 23 gegen 2 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen den Antrag der Fraktion der Grünen Bürgerliste ab, den Oberkreisdirektor zu beauftragen, im Rahmen des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt- und Naturschutz eine öffentliche Anhörung zur Problematik der Einlagerung hochradioaktiver Materialien in der Atommülldeponie Asse II durchzuführen und neben*

Mitgliedern des Fachausschusses und den Fachleuten der GSF auch Fachleute, die dem obengenannten Vorhaben kritisch gegenüberstehen, zu hören.

Damit war nicht nur jedwede kritische Aufarbeitung der vergangenen Einlagerungen beerdigt, sondern auch das Engagement von Reinhold Stoevesandt, der bei jeder passenden Gelegenheit das Heranholen von kritischen Wissenschaftlern gefordert hatte, der Lächerlichkeit preisgegeben. Der besondere Höhepunkt der Sitzung aber war eine Stellungnahme des Endlagerpapstes Klaus Kühn vor der Abstimmung, der dieses behauptete: *Nach weiterer Behandlung der Thematik durch den Samtgemeinderat weist **Herr Dr. Kühn (GSF)** nach der Rückgabe des Vorsitzes an Landrat Jahn zunächst mit aller Entschiedenheit zurück, als nicht kritische Wissenschaftler bezeichnet zu werden. Die Wissenschaftler der GSF stünden ihrer Aufgabe in jeglicher Weise kritisch gegenüber.*

Die Chance, noch rechtzeitig die Probleme der Asse zu erkennen und schon bald darauf mit dem Herausholen der damals noch nicht zerborstenen Fässer zu beginnen, wurde von den verantwortlichen Politikern des Kreistages und der Samtgemeinde Asse verantwortungslos vertan. Und der aktuelle Beschluss des Kreisausschusses erinnert mich sehr an jene historische Sitzung in Remlingen.

Stellen sich zwei Fragen: Warum wollten die damaligen Kommunalpolitiker keine Wissenschaftler von außerhalb der GSF hören und warum wollen die heutigen Kreistagsabgeordneten diesen und viele andere Fehler der Vergangenheit nicht aufarbeiten? Ich fordere den Kreistag auf, diese ohne Abstimmung und nur gesprächsweise erfolgte Gemeinsamkeit zurückzunehmen und gemäß der schwer erkämpften Transparenz und Bürgernähe den Beschluss zur Aufarbeitung zu fassen!

Wer sich noch mehr über die dilettantischen Vorgänge an der Asse informieren möchte möge diese Website aufrufen:

www.spurensuche-meinung-bilden.de (nicht mehr möglich)

Empfehlenswert ist auch dieses Buch:

Möller, Detlef, Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main, 2009, ISBN 978-3-631-57579-6

Beilagen:



Grüne Bürgerliste

für den Landkreis Wolfenbüttel

Kreistagsfraktion
Jürgen Kumlehn
Am Kaiserwald 7
3305 Sickinge

Pressemitteilung

3.3.85

GRÜNE lehnen Atommüll-Lagerung in Asse II weiterhin ab

Die Haltung der Grünen zur Atommülldeponie Asse II hat sich auch in der Zeit der Stille um Asse II nicht verändert. Ausgehend von der Abschaffung aller Atomanlagen fordern die GRÜNEN auch weiterhin die Schließung von Asse II. Die zurückliegende Diskussion über die Sicherheit des Asse-Salzstockes hat nach Ansicht der GRÜNEN bereits mehrfach erbracht, daß der Salzstock wie die Salzstöcke in der Umgebung nicht sicher ist.

DIE GRÜNEN begrüßen die Aussagen hochrangiger CDU- und SPD-Politiker in Asse II dürften hochradioaktive Materialien nicht eingelagert werden. Eine eindeutige Absage des Kreistages gegen die Einlagerung hochradioaktiver Materialien gibt es jedoch noch nicht.

Da die Standortbestimmung von Atomanlagen offensichtlich nicht aus sachlichen Erwägungen durchgeführt wird, sondern in einer Art Poker (Bayern bietet mehr Steuergeld als Niedersachsen), haben die Grünen zu den Aussagen von CDU und SPD nicht sehr viel Vertrauen.

Auch im Landkreis wurde bereits deutlich, daß Politiker der großen Parteien ein Stillhalten oder eine Zustimmung zum Endlager für schwach- und mittelradioaktive Materialien mit der Forderung nach durch das Land und den Bund bezahlter Infrastrukturmaßnahmen bezahlt haben wollen.

Obwohl der Landkreis einen Umweltausschuß hat, wird das Thema Asse II im nichtöffentlichen Kreisausschuß behandelt. Daher haben DIE GRÜNEN in der Kreisausschußsitzung am 4.3.85 beantragt, das Thema Asse II unter Beteiligung der Öffentlichkeit im Ausschuß für Bauwesen- Umwelt- und Naturschutz zu erörtern.

Asse II: Atomgegner wollen Aufklärung

Kreis Die Kreistagsfraktionen unterstützen teilweise die Forderung. Die Landrätin will lieber Energien bündeln.

Von Karl-Ernst Hueske

Die Wolfenbütteler AtomAusstiegsgruppe (WAAG) hat in einem Schreiben an den Kreistag eine Aufarbeitung der Rolle der Kommunalpolitiker im Zusammenhang mit der Schachtanlage Asse II gefordert. Diese Forderung war auf der letzten Mahnwache zu Asse II vor dem Bankhaus Seeliger aufgekommen und wurde von der WAAG aufgegriffen.

Wolfenbüttels Landrätin Christiana Steinbrügge hat das Schreiben der WAAG inzwischen an die Kreistagsfraktionen zur Beratung weitergeleitet. Sie erklärte zudem zu der Forderung der WAAG: „Wir haben heute mit dem gesetzlichen Atomausstieg und dem Gesetz zur Rückholung des Asse-Mülls eine grundlegend andere Ausgangslage. Jetzt muss es darum gehen, Kräfte und Energien auf die Umsetzung der Rückholung zu bündeln und die Lösung der damit verbundenen Fragen zu erarbeiten“.

Ähnlich äußerte sich Falk Hensel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, die sich ebenfalls wie die CDU noch mit dem Schreiben der WAAG auf einer Fraktionssitzung beschäftigen wird: „Grundsätzlich gilt, dass die Bewältigung der bestehenden Herausforderungen in der Zukunft gelingen muss. Hierfür wird alle Kraft benötigt. Hierbei muss genau abgewogen werden, welche Rückschau wichtige Erkenntnisse zur Lösung der Probleme beitragen kann und welche vielleicht auch nicht.“

Uwe Lagosky (CDU) will sich erst nach der CDU-Fraktionssitzung am 21. April äußern. Auch von den Linken gab es noch keine Stellungnahme.

Björn Försterling von der FDP, die damals mit dem ehemaligen



Eleonore Bischoff (mit Mikrofon) von der WAAG auf einer Mahnwache vor dem Bankhaus Seeliger. Auf der letzten Mahnwache wurde über die Rolle der Kommunalpolitiker bei der Einlagerung des Atommülls in die Asse gesprochen. Die WAAG fordert nun eine Aufarbeitung dieser Vorgänge.

Archiv-Foto: Karl-Ernst Hueske

Kreisvorsitzenden Stoevesandt einen ständigen Mahner und Kritiker zu den Asse-Einlagerungen in ihren Reihen hatte, erklärte: „Die Aufarbeitung der Rolle der Kommunalpolitik halte ich für wichtig. Dabei muss es aber um eine neutrale Darstellung der Ereignisse und Entscheidungen gehen, ohne Schuldzuweisungen oder Vorwürfe an die damals handelnden Personen. Eine solche Aufarbeitung muss Mahnung sein über die Bedeutungen kommunalpolitischer Entscheidungen, aber kein Urteil über Menschen, die sich ehrenamtlich für den Land-

kreis engagiert haben.“ Auch Bertold Brücher als Sprecher der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt den Antrag der WAAG. Die Einstellung der Kreistagsabgeordneten und des Kreistags zur Geschichte der Asse im Laufe der Zeit – vor Beginn der Einlagerung von Atommüll, während dieses Zeitraums und seitdem – zu kennen, habe durchaus kommunalhistorische Relevanz.

Vorstellbar sei für die Grünen, dass der Kreistag eine akademische Arbeit auslöse mit dem Ziel, Kreistagsprotokolle auszuwerten,

um eine Faktenerfassung dessen zu erstellen, welche Äußerungen und Stellungnahmen abgegeben wurden. Brücher: „Die Aus- und Bewertung dieser Fakten könnte sozialwissenschaftlich erfolgen und von den Fraktionen kommentiert werden.“

Reden sie mit!

Sollte der Kreistag die Rolle der Kommunalpolitik bei Asse II aufarbeiten lassen?

wolfenbuettel-zeitung.de



„Wir müssen Kräfte und Energien für die Umsetzung der Rückholung bündeln.“

Christiana Steinbrügge, Wolfenbüttels Landrätin



„Eine Aufarbeitung der Vorgänge hat durchaus kommunalhistorische Relevanz.“

Bertold Brücher, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der Grünen



„Für die bestehenden Herausforderungen wird alle Kraft benötigt.“

Falk Hensel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion



„Es muss um eine neutrale Darstellung der Ereignisse und Entscheidungen gehen.“

Björn Försterling, Vertreter der FDP im Kreistag



„Die Aufarbeitung wäre auch für die Arbeit des jetzigen Kreistages hilfreich und wichtig.“

Eleonore Bischoff, Sprecherin der WAAG



Demonstration in Wolfenbüttel, 1970er Jahre

Asse Die heimliche Atom-Lösung

Der Historiker Detlev Möller hat untersucht, wie die Endlagerungsfrage in der Vergangenheit von Behörden und Beratern wahrgenommen wurde. Die Asse sollte der Atomenergie zum Durchbruch verhelfen.

„Schon 1967 war klar, dass kein Raum in der Asse-Grube trocken bleibt“

WOLFENBÜTTEL Historiker: Schacht wurde zum Endlager gemacht, obwohl Probleme bekannt waren

Von Thomas Stechert

Die Asse dient nicht der Forschung, sondern heimlich als Endlager – und ist entgegen aller Beschönigungen undicht und instabil, damit unsicher. Die schon früh geäußerten Vermutungen von Atomkritikern und auch Lokalpolitikern wurden nie als Unsinn, als Atom-Psychose abgetan. Heute weiß man es besser, und der Historiker Detlev Möller belegt es schwarz auf weiß: Die Asse diente lange Zeit nicht primär der Forschung, sondern in erster Linie als Endlager.

„Man hat ein nicht unerhebliches Restrisiko in Kauf genommen“, unterstellt Möller Politikern, Wissenschaftlern und Beamten, die seit den 1960er Jahren mit der Asse befasst waren. Möller spricht von Verantwortunglosigkeit, man könne es auch Fahrlässigkeit nennen.

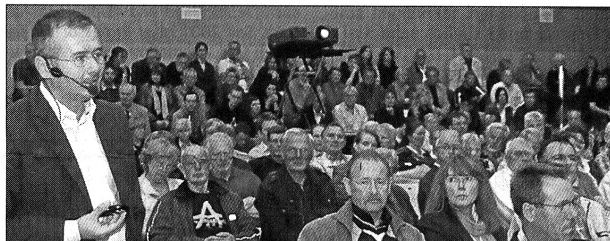
Für seine Doktorarbeit an der Universität der Bundeswehr in Hamburg hat der Geschichtswissenschaftler und Pädagoge im Bundesarchiv in Koblenz Akten aus den Jahren 1955 bis 1979 gesichtet – vom damaligen Bundesministerium für Atomfragen, dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, dem Bundesinnenministerium und dem Bundeskanzleramt.

„Die Asse sollte der Entlastung der Zwischenlager dienen“, belegt Möller in seiner Arbeit. Man habe der sich entwickelnden Atomindus-



Mit einem Radlader wurden im Asse-Schacht Atom-Fässer in einer Kammer abgekippt.

Foto: Schachtanlage



FAKTEN

Detlev Möller (40) wohnt in Meckenheim bei Bonn. Nach Studium und Dienst bei der Luftwaffe ist der heute in der Privatwirtschaft tätig.

Seine Studie „Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“ ist im Peter-Lang-Verlag erschienen. 390 Seiten, 56,50 Euro.

Angeregt zu dem Thema hatte ihn 1993 der Castor-Protest. Er fragte sich:

Detlev Möller

**Endlagerung
radioaktiver Abfälle
in der
Bundesrepublik Deutschland**
Administrativ-politische Entscheidungsprozesse
zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit,
zwischen nationaler
und internationaler Lösung

trie signalisieren wollen, dass die Müllbeseitigung kein Problem sei.

Sorgen und Ängste der Bevölkerung vor radioaktiver Gefahr seien als laienhaft und irrational abgetan worden. Gleichzeitig aber hätten die Verantwortlichen schon 1967 gewusst, dass kein Raum des maroden Asse-Bergwerks trocken bleiben würde. Trotz unklarer Langzeitsicherheit sei die Asse ein Jahr später offiziell als Endlager bis zum Jahr 2000 benannt worden. Das sei in Vergessenheit geraten, und seit 1974 habe es seitens der Verantwortlichen die Sprachregelung gegeben, nur noch von „Versuchen“ zu reden.

Nach alten Plänen sollten bis zum Jahr 2000 rund 250 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle in der Asse eingelagert werden. Die Deponierung hochradioaktiver Abfälle wurde Anfang der 1970er



Detlev Möller stellte seine Asse-Studie in Wolfenbüttel vor. Foto: Wöstmann

Jahre zwar angekündigt, aber nicht ausgeführt.

Auch alte Kostenvergleiche belegten, so Möller, die damalige Präferenz für die Asse. So errechneten Bundesbeamte, dass die seinerzeit übliche Versenkung des Atommülls im Atlantik rund 200 Mark pro Kubikmeter kostete, die Beseitigung unter Tage bei voller Kapazitätsauslastung für 140 Mark zu machen sein würde.

Für den heute zuständigen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ist Möllers Untersuchung ein weiterer Beleg für die Asse-Lüge. „Es ging darum, die Atomenergie gängig zu

machen.“ Und: „Wer nicht aus der Geschichte lernen will, ist verdammt, sie zu wiederholen.“

Zwischen 1967 und 1978 wurden in der Asse rund 126 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen eingelagert.

Nach einer Serie von Pannen unter der Regie des früheren Betreibers Helmholtz-Zentrum München, war die Asse zu Jahresbeginn Gabriels Bundesamt für Strahlenschutz unterstellt worden. Für Präsident Wolfgang König ist bei der Endlagerung ein partei- und gesellschaftsübergreifender Konsens notwendig, der über einzelne Legislaturperioden hinaus

„Haben die sich eigentlich beim Einstieg in die Atomenergie Gedanken darüber gemacht, was sie mit dem Müll anfangen wollen?“

Bestand habe. „Derzeit wird die Entsorgung je nach Interessenslage entweder als nicht lösbar oder als technisch bereits gelöst bezeichnet. Beides entbehrt der Grundlage.“

Bruno Thomauske, früherer Atommanager des Energieversorgers Vattenfall, hingegen sagte unserer Zeitung, die sichere Endlagerung für ein Zeit von einer Million Jahren sei technisch durchaus möglich. Dies werde aber durch Minister Gabriel politisch verhindert. Eine Endlagerung in Salz sei grundsätzlich sicher. Die Probleme in der Asse wie auch in Morsleben resultierten aus der bergbaulichen Vornutzung.

„Ein kleiner Kreis wusste um Schwachstellen, hielt aber Kurs“

Zehn Gründe, warum aus dem früheren Salzschacht Asse II Deutschlands größter Umweltskandal wurde

Der Historiker Detlev Möller fasst im Gespräch mit unserer Zeitung in zehn Punkten die Gründe für das Asse-Desaster zusammen:

❶ Der zuständige Arbeitskreis der Deutschen Atomkommission empfahl dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung im Oktober 1963, darauf zu achten, dass im Fall des Bergwerks Asse nicht eine günstige Möglichkeit versäumt wird. Das Ministerium wurde aufgefordert, Verhandlungen mit der Betreibergesellschaft aufzunehmen.

❷ Im zweiten Halbjahr 1963 wurde die AVR-Problematik (Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor) akut. Es ging um die Frage der Zwischenlagerung der kugelförmigen Brennelemente des Jülicher Reaktors. Mit Asse II bot sich die Möglichkeit, diese kostengünstig unterzubringen.

❸ Die Zwischenlager der Bundes-

länder waren aus Kostengründen nur für den Bedarf weniger Jahre ausgelegt worden. Bereits 1965 waren die Hallen im Kernforschungszentrum Karlsruhe annähernd gefüllt. Nach dem Kauf der Asse im März 1965 wuchs der Druck, in das Bergwerk einzulagern, anstatt Millionenbeträge für neue Hallen auszugeben.

❹ Der zuständige Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung stand der Eignung von Asse II bis Ende 1967 sehr skeptisch gegenüber. Er sah den Nachweis der Standsicherheit der Grube als wesentliche Voraussetzung für eine längerfristige Nutzung. Mit dem Wechsel seines Vorgesetzten geriet er bereits ab Mitte 1965 mehr und mehr unter Druck, und schließlich wurde ihm 1968 die Zuständigkeit für die Asse entzogen. Unter dem neuen Unterabteilungs-

leiter wurde der Entschluss gefasst, das Bergwerk so wirtschaftlich als möglich zu nutzen.

❺ Obwohl man schon 1967 davon ausging, Asse II werde im Lauf von Jahrhunderten voll Wasser laufen, entschied man sich für die Einlagerung der uran- und plutoniumhaltigen Abfälle aus der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe.

❻ Erst 1971 wurden Fixierungsmaterialien für die Abfälle vorgeschrieben. Die Anforderungen lagen sehr niedrig. Es ging bis Ende 1975 lediglich um eine Fixierungsdauer von Wochen und Monaten.

❼ Asse II wurde ab 1970 zunehmend als im Sinne des Umweltschutzes vorbildliche Anlage präsentiert. Um die seit den 1960er Jahren thematisierten Schwachstellen wusste nur noch ein sehr kleiner Personenkreis, der Kurs hielt.

❽ Ab 1971 griff man zur Lagerung

industriellen Sondermülls ebenfalls auf stillgelegte Salzbergwerke zurück. Die Wahlmöglichkeiten für ein zweites, alternatives Endlager engten sich damit erheblich ein.

❾ Wegen der sehr kritischen Reaktion der Öffentlichkeit schien die Möglichkeit, einen weiteren – akzeptierten – Endlagerstandort finden zu können, ab 1976 nahezu aussichtslos.

❿ Schon im Februar 1977 wurde angesichts deutlicher Wanderungsbewegungen von Pfeilern darüber diskutiert, ein vom Bergamt gefordertes Verfüllungskonzept schnellstmöglich zur Betriebsplanreife zu entwickeln. Spätestens im Februar 1979 gehörte die Verfüllung der Südflanke zu den geplanten Schwerpunktprojekten für die langfristige Standsicherheit des Grubengebäudes. Mit der Verfüllung wurde jedoch erst 1995 begonnen.

n
p
1
1
p
q
s
p
N
1
5